



ber in Wiesbaden-Erbenheim - gegen den Widerstand der hessischen Landesregierung und der Stadt Wiesbaden - ein schlimmes Beispiel unsouveränen Verhaltens gegeben. Dem europäischen Hauptquartier der US-Army in Heidelberg teilte er im August 1988 mit, es bleibe „den amerikanischen Streitkräften überlassen, zu entscheiden, welche Anzahl von Luftfahrzeugen... sie in Erbenheim stationieren wollen“.

In Briefen an Ministerpräsident Johannes Rau, der vor dem Katastrophenwochenende seine Besorgnis über Flugvorführungen beim Flugtag der Bundesluftwaffe in Nörvenich an den zuständigen Bundesminister richtete, teilte er mit, er - Scholz - habe sich „sorgfältig vergewissert, daß es keine spektakulären Luftübungen“ und „daß es besondere Sicherheitsvorkehrungen“ gebe... In Nörvenich gab es - entgegen der Ankündigung - Luftakrobatik, und in Ramstein wurden dem Veranstalter US-Luftwaffe diese Überprüfungen offenbar überhaupt nicht zugemutet. Im übrigen verwies der Verteidigungsminister den besorgten nordrhein-westfälischen Regierungschef an die Luftwaffenführung. Das ist souveräner Umgang zweier deutscher Verfassungsorgane...

Unsere Souveränität ist bei näherem Besehen und im konkreten Fall auch im rechtlichen Sinne weniger eingeschränkt, als ängstliche Naturen und vorseilender Gehorsam dies wahrhaben wollen. NATO-Truppenstatut und Zusatzabkommen räumen den alliierten Truppen auf deutschem Boden ein originäres Recht nur auf jene Manöver und Übungen ein, die für die Erfüllung des Verteidigungsauftrages notwendig sind. Daß dies für eine spektakuläre Flugschau gilt, hat bisher noch keiner behauptet.

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Alfred Biehle (CDU), hat der militärischen Führung geraten, sich angesichts der Untersuchungen der nächsten Wochen und Monate „warm anzuziehen“. Für Rupert Scholz könnte in diesem Jahr der Winter besonders früh anbrechen.

(-/13.9.1988/vo-he/rs)

Ein erster Schritt auf dem Weg zur Normalisierung

Zur Freilassung von Rudolf Cordes

Von Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald MdB

SPD-Koordinator in der „Parlamentarischen Vereinigung Euro-Arabische Zusammenarbeit“

Die Freilassung des Hoechst-Managers Rudolf Cordes, der seit 20 Monaten von schiitischen Fundamentalisten im Libanon in Geiselhaft gehalten wurde, erfüllt uns mit großer Erleichterung. Allen, die daran mitgewirkt haben, der iranischen und syrischen Regierung, vor allem aber Außenminister Genscher, gebührt Dank und Anerkennung.

Die Freilassung von Cordes zeigt über den humanitären Aspekt hinaus aber auch neue politische Aspekte auf. Einmal wurde deutlich, daß sich sowohl der Iran als auch Syrien darum bemühen, das Verhältnis zur Bundesrepublik zu verbessern. Zum anderen wurde deutlich, daß die fundamentalistischen Gruppen im Libanon immer noch stark von Teheran und Damaskus abhängen und der Einfluß von Partikularinteressen wie der Hamadi-Familie sinkt. Dies zeigt besonders die Tatsache, daß Cordes nun freigelassen wurde, obwohl gerade jetzt Hamadi in seinem Prozeß stark belastet wurde und seine Auslieferung immer unwahrscheinlicher wird. Es kann daher nur gehofft werden, daß die schiitischen Fundamentalisten Cordes nicht nur auf iranischen Druck freigegeben haben, sondern daß sich bei den Verantwortlichen die Überzeugung durchsetzt, daß Geiselnahme ein politisch untaugliches Mittel ist.

Insofern ist die Freilassung von Rudolf Cordes nur ein Anfang. Weiterhin befinden sich noch 16 europäische und amerikanische Geiseln in der Gefangenenschaft im Libanon.

Es ist unwahrscheinlich, daß Staaten wie die USA sich politisch erpressen lassen und den Forderungen der Geiselnahmer nachgeben. Das Festhalten der Geiseln blockiert andererseits jeglichen Dialog sowie die Wiederaufnahme der Hilfe für den vom Bürgerkrieg verwüsteten Libanon. Und hier sind es gerade die schiitischen Bevölkerungsgruppen, die unter den Kriegsfolgen am meisten leiden. Seit Jahren liegen viele Gelder, unter anderem auch aus der Bundesrepublik auf Eis, da die Durchführung von Hilfsprojekten aus Sicherheitsgründen nicht möglich ist. Schließlich ist es verständlich, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, Experten für Wiederaufbauprojekte in den Libanon zu entsenden, solange damit gerechnet werden muß, daß diese Leute als Geiseln genommen werden.

Die Freilassung von Cordes ist somit nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Normalisierung. Nun muß der politische Dialog weitergehen. Die Bundesregierung sollte sich nicht scheuen, weiterhin mit den Verantwortlichen der Hizbollah und anderen fundamentalistischen Gruppen zu reden. Ziel muß es sein, daß diese Organisationen von sich aus garantieren, daß Geiselnahmen zukünftig nicht mehr stattfinden.

Die Ungerechtigkeiten, die die Schiiten im Libanon seit Jahren zu erleiden hatten, vor allem auch durch gravierende Fehler der amerikanischen Nahostpolitik, sollen dadurch nicht vom Tisch gewischt werden. Geiselnahme und Terror auf Kosten Unschuldiger darf aber kein Mittel mehr sein, alte Rechnungen zu begleichen.

(-/13.9.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

### Auch Bausparer Opfer der Steuerreform

---

Minister Schneider erntet Widerspruch von den Bausparkassen

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Baumminister Schneider entwickelt sich zum Meister der Selbstverleugnung im Rechtfertigen der wohnungspolitischen Entscheidungen des Bundesfinanzministers, die er gerne lieber selber und anders getroffen hätte.

Ein neuer Höhepunkt: Schneider erwartet von den Einschränkungen der Bausparförderung im Rahmen der Steuerreform „eine steigende Bedeutung des Bausparens“ und eine „Verkürzung der Zuteilungsfristen“. Er hat bei dieser Äußerung wohl darauf spekuliert, daß ihm die Bausparkassen zur Vermeidung weiterer Schädigungen ihres Geschäftes nicht widersprechen. Dennoch sehen die Bausparkassen das ganz anders. Im jüngsten Geschäftsbericht des BHW zum Beispiel, dessen Aufsichtsrat die Schneider politisch sicher ansonsten nicht fernstehenden Herren Fehrenbach und Krause leiten, ist von „erheblichen Einschränkungen der staatlichen Förderung“ und „einem niedrigeren Zuteilungsaufkommen“ als Folge der Steuerreformregelungen die Rede.

Das Gesamturteil:

„Insgesamt ist nicht zu übersehen, daß bei der Neuregelung der Bausparförderung vorrangig fiskalpolitische Einsparungsziele maßgeblich waren und nicht etwa eine grundlegende Reform der Wohnungsbauförderung.“

Die Folgen?

Die Folgen sind so, sagt das BHW, „daß am Ende der kleine Sparer einmal mehr der Leidtragende aus dieser Entscheidung der Bundesregierung sein wird.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(-/13.9.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**

**Jürgen Schmude: Niemals darf es eine zweite Vertreibung geben (Teil II)**

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Jürgen Schmude hielt zum Tag der Heimat 1988 am 11. September 1988 in Düsseldorf eine Ansprache, die wir in zwei Teilen dokumentieren.

Es gibt keine Revanchisten bei uns. Unter uns liegen wir im politischen Streit, zum Beispiel über die Bewertung der polnischen Westgrenze, die viele, darunter auch ich, für endgültig halten, während andere das letzte Wort erst noch gesprochen sehen wollen. Aber gegen den Vorwurf des Revanchismus werde ich diese anderen überall verteidigen und habe es getan. Schon 1950, die Vertreibung war damals noch gar nicht abgeschlossen, hat die Stuttgarter Charta der Vertriebenen jegliche Rache und Vergeltung ausgeschlossen. Und dabei ist es geblieben.

Mit dem Bekenntnis zum freien und geeinten Europa, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können, hat die Vertriebenencharta zugleich den Rahmen bezeichnet, in dem weitergehende, neue Lösungen entwickelt werden dürften. Europa wächst zusammen, Grenzen bleiben bestehen, verlieren aber ihre trennende Wirkung. Westeuropa ist auf diesem Wege weit vorangekommen. Osteuropa darf nicht auf Dauer ausgeschlossen bleiben. Das „Europäische Haus“ sollte nicht Vision bleiben, sondern zur Chance für die gemeinsame Sicherung des Friedens und die Bewältigung anderer Probleme werden, mit denen der einzelne nicht mehr fertig wird. Die Wände zwischen den Zimmern wird man in diesem Haus nicht einreißen, aber die Türen werden weit offenstehen.

Das wird absehbar auch der Rahmen für die Antwort auf das sein, was man die deutsche Frage nennt. Ich verwende den Begriff nicht gern, weil ich lieber konkret ausgesprochen sehe, was noch regelungsbedürftig ist. Sonst geben auf diese offene Frage andere sich selbst die Antwort, und das nicht in unserem Interesse.

Die Deutschlandpolitik, die von den bestehenden Verhältnissen ausgeht und sie schrittweise zu bessern bemüht ist, war lange umstritten. Der Neuansatz seit 1970 hat die Teilung nicht vertieft oder verschärft, er hat geholfen, sie zu überbrücken, sie zu überbrücken und die Nation zusammenzuhalten. Denn dazu müssen Menschen einander begegnen, miteinander vertraut bleiben, alte Gemeinsamkeiten beleben und neue entwickeln. Das alles ist in erfreulichem Maße gelungen. Die Politik wird fortgesetzt und trägt immer neue Früchte. Ihre Praxis ist nicht mehr umstritten.

Über theoretische Grundlagen und Prinzipien gibt es Meinungsverschiedenheiten. Wird wirklich die staatliche Einheit am Ende der Entwicklung stehen, werden in einem Europäischen Haus die Wände zwischen beiden deutschen Staaten völlig beseitigt werden? Ist gar die Wiedervereinigung heute ein vordringliches politisches Ziel?

Kein Zweifel: Würde uns die staatliche Einheit zu akzeptablen Bedingungen angeboten, wir würden - in Ost und West - alle sofort zugreifen. Ein Traum wäre wahr geworden. Aber wir wissen, seine Verwirklichung steht nicht an. Heute nicht und auf absehbare Zeit nicht. So wollen wir tun, was gegenwärtig möglich ist, um schrittweise die Verbindung zwischen den Deutschen in beiden Staaten weiter zu verbessern und dabei nicht nur die materiellen Lebensbedingungen der Deutschen in der DDR, sondern zugleich auch ihre Rechte und Freiheiten zu stärken. Damit entsprechen wir heute und künftig dem Gebot des Grundgesetzes, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wieder erlangt“. Wie diese Einheit der deutschen Nation dann organisiert sein wird, steht heute nicht zur Entscheidung. Aber diejenigen, die einen einheitlichen deutschen Staat - im zusammenwachsenden Europa - für unwahrscheinlich halten, verdienen so wenig den Vorwurf des Verrats, wie die schon erwähnten anderen den Revanchismus.

Sind wir über die Erfordernisse der praktischen Politik einig, so sollten wir über die damit zu erreichenden Zukunftskonzepte streiten können, ohne uns gegenseitig abzuwerten und auszugrenzen.

Das streitige Ringen um Wege und Konzeptionen ist notwendiger Bestandteil unserer Demokratie, die in ihren Grundlagen von der Übereinstimmung fast aller Bürger getragen wird. Für mich ist die Entwicklung und Festigung dieser Demokratie, ihrer Freiheitlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und sozialen Verpflichtung die größte und wichtigste Aufbauleistung nach dem Kriege. Unsere nicht nur im Grundgesetz formulierte, sondern tagtäglich gelebte Verfassung ist verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig. Aber schon so ist sie eine unverzichtbare Voraussetzung unserer heimatlichen Verbundenheit mit dieser Bundesrepublik Deutschland.

Am Aufbau des demokratischen Staates und seiner Gesellschaft wie am wirtschaftlichen Wiederaufbau haben die Vertriebenen großen Anteil. Vielen ist es schwergefallen, hier Fuß zu fassen, nach allen Verlusten unter oft kümmerlichen Umständen neu anzufangen. Aber sie haben sich den Aufgaben in ihrer neuen Heimat tatkräftig gestellt, und diese Heimat mit ihren alteingesessenen Bewohnern hat sie, trotz mancher Schwierigkeit im Einzelfall, aufgenommen. So wurde Integration möglich, so wurde die Leistung geschaffen, die dieses Land zu unserer heutigen Heimat gemacht hat.

Der Zug deutscher Menschen, die auf den Wegen der Vertriebenen in die Bundesrepublik kommen, ist nie ganz abgerissen. Gegenwärtig schwillt er an. Mit den Hunderttausenden deutscher Spätaussiedler, die jetzt kommen, wiederholt sich die früher so erfolgreich gelöste Aufgabe: Neuankommlinge aufzunehmen und ihnen die Chance zur Mitwirkung und zum Mitleben bei uns zu geben. Sie brauchen Hilfe und Unterstützung in vielfältiger Hinsicht. Mit staatlichem Geld, mit Wohnraum, mit Sprachförderung und anderen Bildungsmaßnahmen ist es nicht getan. Sie müssen auch die Menschen finden, die sie als Nachbarn aufnehmen, ihnen den Neuanfang erleichtern und sie schließlich hier heimisch werden lassen.

Es darf doch nach allen Erfahrungen nicht wahr sein, daß wir uns dem verweigern. Die kritische Journalistin muß doch Unrecht haben, die vor einigen Tagen in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ schrieb: „Heute jedoch ist der Wirtschaftswunderkuchen verteilt. Die Zuwanderer von damals gehören zu den Besitzenden, von denen sich keiner etwas wegnehmen lassen will.“ Wir sind es doch, die jahrzehntelang laut gefordert haben, daß man diese Deutschen frei ziehen läßt. Und nun soll ihre Sehnsucht nach Deutschland enttäuscht werden, sollen sie als Fremde behandelt werden? Wir sind es doch, die seit Jahren den ungünstigen Altersaufbau unserer Gesellschaft beklagen. Und nun sollten wir die Chance nicht nutzen, die uns diese Zuwanderer, Deutsche trotz der Sprachschwierigkeiten, bieten?

Der Aufbau unseres Landes, die Entwicklung unserer Demokratie, die Gestaltung unserer Heimat, das alles ist nicht abgeschlossen. Es wird nie abgeschlossen sein. Denn es ist eine Aufgabe, die uns immer wieder neu fordert. Nach allem, was geschaffen wurde, ist sie heute leichter zu erfüllen als früher. Stellen wir uns ihr und arbeiten wir an ihr! Es ist das friedliche Zusammenleben der Völker, es ist unsere Heimat, wir sind es selbst, denen wir damit dienen. (-/13.9.1988/vo-he/rs)